

Neue Wege in der Pflege – weg vom System hin zum Menschen!

Die Kategorien „ambulant“ und „stationär“ sind überholt. Pflege sollte künftig nach dem Prinzip „Wohnen und Pflege“ organisiert werden!



Die Grenzen zwischen der ambulanten, der teilstationären und der stationären Pflege sind zu überwinden. Nur so können pflegebedürftige Menschen ihr Recht auf gesellschaftliche Teilhabe und eine möglichst selbstbestimmte Lebensführung wahrnehmen, unabhängig von ihrem Wohnort, ihrem Alter und ihrer Beeinträchtigung, so die Auffassung der Referentinnen und Referenten und Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Fachforums „Neue Wege in der Pflege – weg vom System hin zum Menschen!“.

Pflegebedürftige Menschen haben das Recht auf gesellschaftliche Partizipation und eine individuelle, möglichst selbstbestimmte Lebensführung – unabhängig von ihrem Wohnort, ihrem Alter oder ihren Beeinträchtigungen. Die starre Trennung von ambulantem und stationärem Sektor wirkt als Reformbremse und verhindert die Entwicklung innovativer Versorgungsmodelle. Die Systemfalle schnappt für Pflegebedürftige häufig an den Übergängen von ambulanter und stationärer Pflege zu. Dies gilt besonders für die Langzeitpflege. Reibungsverluste, bedingt durch Über- oder Unterversorgung, tragen dazu bei, dass Pflegebedürftige häufig nicht die optimale und notwendige Versorgung erhalten, die sie benötigen.

Die Kommunen sind davon besonders, aber auch sehr unterschiedlich betroffen. Schon heute stehen sich Regionen gegenüber, die durch Bevölkerungsarmut, Wegzug und Überalterung einerseits und Zuzug und Wirtschaftsboom andererseits geprägt sind. Die Zukunftsfähigkeit von Kommunen wird also entscheidend von der Art und Weise

abhängen, wie sie diesen Veränderungen begegnen. Ob es gelingt, die Lebensqualität der Menschen zu verbessern, die Potenziale zu nutzen, und ob auch die Bereitschaft besteht, neue Wege zu gehen.

Ulrich Kuhn, Leitung Stabsstelle Sozialpolitik, Netzwerk: Soziales neu gestalten (SONG), informierte über die Aktivitäten des Netzwerks, das sich vor allem um innovative und nachhaltige Konzepte in der Alten-, Behinderten- und Jugendhilfe bemüht. Seit vielen Jahren arbeitet das Netzwerk SONG an einem neuen Bürger-Profi-Hilfe-Mix vor Ort in den Quartieren, um Konzepte nicht bloß zu diskutieren, sondern gemeinsam zu erproben, Erfahrungen zu bündeln und der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen. Das Schema F habe ausgedient. Zunehmend unterschiedliche Lebensbedingungen und Bedarfslagen verlangen nach maßgeschneiderten sozialen Lösungen in überschaubaren Räumen: in der Nachbarschaft, im Dorf, im Stadtteil. Das Sozialmodell der Zukunft trenne nicht in Erbringer und Empfänger von Hilfeleistungen, nicht in Produzenten und Konsumenten. Eine zukunftsorientierte Sozialwirtschaft versteht es, im Sozialraum vorhandene Ressourcen miteinander zu verbinden. Die Gestaltungskompetenz der lokalen Ebene müsse gestärkt und Verantwortung wieder auf diese Ebene verlagert werden.

Gesamtversorgungskonzepte auf Basis sektorenverbindender Versorgungsverträge besitzen nicht nur ein großes Potenzial, sondern stellen auch ein zentrales Element zur Schaffung und Ausgestaltung von Leistungs- und

Versorgungsstrukturen dar, die sich an den Bedürfnissen der älteren Menschen mit Unterstützungsbedarfen im Quartier orientieren. In der Praxis kommt so ein Leistungsangebot zur Geltung, das über die Sektoren hinweg Durchlässigkeit schafft.

Wie dies in den städtischen Seniorenheimen in Krefeld organisiert bzw. durchgeführt wird, erläuterte Jörg Schmidt, Geschäftsführer der städtischen Seniorenheime Krefeld gemeinnützige GmbH, eindrucksvoll.

Mit großer Spannung erwartet wurde der Beitrag von Dr. Merja Tepponen, Development Director, South Karelia Social and Health Care District, aus Finnland.

Auch Finnland steht als Flächenland vor großen Herausforderungen, um die Versorgung von Pflegebedürftigen zu sichern. Wie dies gelingt, wurde am Beispiel der Region South Karelia mit dem Projekt South Karelia Social and Health Care District, Eksote, präsentiert. Der Sozial- und Gesundheitsdistrikt Eksote wurde 2009 auf freiwilliger Basis gegründet. Alle neun Gemeinden in der Region haben sich politisch entschieden, ihre Sozial- und Gesundheitsdienste an einen gemeinsamen Gemeindeverband namens Eksote zu übertragen. So wird dafür gesorgt, dass die Kostenentwicklung stabil bleibt und die regionalen Servicebedürfnisse in geeigneter Weise erfüllt werden. Anstatt die lokalen Dienstleistungen selbst zu erbringen, schlossen die Kommunen mit Eksote Dienstleistungsverträge, die auf die Bedürfnisse ihrer Bewohner abstellen.

Ein gut strukturiertes und vernetztes Hilfesystem im Sozialraum und Quartier mit verschiedenen Hilfsformen ist notwendig, um adäquat und bedarfsorientiert Angebote machen zu können. Anhand der vorgetragenen Beispiele konnte veranschaulicht werden, wie ambulante und stationäre Pflege so geplant werden kann, dass der pflegebedürftige Mensch im Mittelpunkt steht.

Die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Pflege in einer immer älter werdenden Gesellschaft ist eine zentrale Aufgabe der kommenden Legislaturperiode. Die Politik muss sich dieser Herausforderung in den kommenden Jahren deutlich entschiedener stellen, als sie es bisher getan hat. Notwendig sind neue Konzepte und eine bessere Finanzausstattung der Kommunen und der Pflegekassen. Hier sind insbesondere die Fragen der personellen Ausstattung in der Pflege sowie der ambulanten Unterstützungs- und Betreuungsangebote in den Kommunen von Bedeutung. Darüber hinaus können innovative digitale Lösungen einen wichtigen Beitrag leisten.

Wir danken Ursula Krickl, Referatsleiterin für Soziales, Jugend und Gesundheit, Stellvertretende Pressesprecherin, Deutscher Städte- und Gemeindebund, für den Beitrag.



Gruppenbild der Referenten der Projektpräsentation „Neue Wege in der Pflege – weg vom System, hin zum Menschen!“ mit dem Initiator der Berliner Pflegekonferenz (rechts im Bild).

V.l.n.r.: Jörg Schmidt, Merja Tepponen, Ursula Krickl, Ulrich Kuhn und Yves Rawiel.